



Brennpunkte des Protestes gegen die Sparvorhaben der Regierungskoalition

Düsseldorf:

Abschied von Engagement und Motivation

Mit einem symbolischen Trauermarsch und einer Kranzniederlegung vor dem Ministerium von Finanzminister Dieckmann dokumentierten die DStG-Landesleitungen und die Düsseldorfer Ortsverbände den Niedergang der Motivation der Beschäftigten in den Finanzämtern. Die Aktion reiht sich ein in einen Sturmlauf des Protestes gegen die rigorosen Sparpläne von Rot/Grün, der überall im Lande tobt.

Unverfrorenheit der Landesregierung

Über 600 Teilnehmer verfolgten die »Trauerrede« von DStG-Landesvorsitzenden Werner Siggelkow: »Einkommenskürzungen beim Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld wären eine Unverfrorenheit der Landesregierung. Beides sind weder freiwillige oder gnadenhalber zu zahlende Leistungen, sondern Einkommensbestandteile, die zum Lebensunterhalt der Beamtenfamilien erforderlich sind«. Die Reaktionen der Demon-



tranten ließen keinen Zweifel aufkommen: Sie sind stinksauer über die Absicht von Rot/Grün, drastische Gehaltskürzungen bei gleichzeitiger Arbeitszeitverlängerung zu verordnen. Anstatt hoch motiviert, gehen sie mit geballter Faust in der Tasche zum Dienst in die Finanzämter. ▶

»Giftliste«

Um den geplanten Doppelhaushalt 2004/2005 »verfassungsgemäß« einbringen zu können, sollen die Beamten besonders zur Kasse gebeten werden.

- Das Urlaubsgeld soll ab 2004 gestrichen werden;
- Das Weihnachtsgeld soll von bisher 86 Prozent auf 50 Prozent zusammengestrichen werden. Als »soziale Komponente« ist für den einfachen und mittleren Dienst »lediglich« eine Kürzung auf 60 v.H. geplant;
- Erhöhung der Arbeitszeit auf grundsätzlich 41 Stunden mit der Altersstaffelung auf 40 Stunden ab dem 55. Lebensjahr und auf 39 Stunden ab dem 60. Lebensjahr;
- Mit dem bereits verfügbaren Wegfall des AZV-Tages und der geplanten Arbeitszeitverlängerungen sollen weitere 1450 Stellen für die Steuerverwaltung abgebaut werden.

Die endgültige Entscheidung will der Landtag am 24. September 2003 fällen.

Düsseldorf:

Sonderopfer abgelehnt

Unter großem Applaus dokumentierte Sigelkow die Auffassung der DStG zu den Sparvorschlägen:

- Die DStG lehnt weitere Gehaltskürzungen für Beamte ab. Wenn staatliche Leistungen allgemein gekürzt oder gestrichen werden, sind Beamtenfamilien genauso betroffen wie alle anderen Famili-

en in NRW auch. Deshalb sind zusätzliche Gehaltskürzungen, nur weil man auf der Lohnliste des Landes steht, Sonderopfer.

- Die DStG lehnt die Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden für Beamte ab, weil dadurch 1350 Arbeitsplätze allein in den Finanzämtern wegfallen. Die Anzahl der Arbeitslosen wird entsprechend steigen. Außerdem haben die Beamten die 38,5 Stunden-Woche seit Anfang der neunziger Jahre mit 4,6 Prozent Gehaltsverzicht bezahlt.



»Wir beerdigen das Engagement und die Motivation unserer Kolleginnen und Kollegen und gedenken der Opfer der Sparwut.«



Bochum:

Wir pfeifen auf Ihre Politik!

Bei der Protestaktion vor dem Landesparteitag der SPD in Bochum wurden auch zahlreiche DStG-Fahnen inmitten eines ohrenbetäubenden Pfeifkonzertes geschwenkt. In einem schriftlichen Aufruf des

DStG-Bezirksverbands Westfalen-Lippe warnte BV-Vorsitzender Meinolf Guntermann die Teilnehmer des Parteitages: »Sie werden

die Wut und Enttäuschung der Beschäftigten und deren Angehörigen zu spüren bekommen. Wundern Sie sich über nichts. Wer eine solche Politik macht, wird abgestraft. Im Gegensatz zur Politik werden wir darin verlässlich sein! Machen Sie nicht alles mit, was das Panik-Trio Steinbrück, Moron und Schartau durchsetzen will!«



Guntermann (r.) überreicht dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag Joachim Poß ein Flugblatt.



Köln:

»Wir haben die Schnauze voll!«

Einen Tag nach dem symbolischen Trauermarsch zum Finanzministerium sammelten sich Kölner Kolleginnen und Kollegen zum Protest vor dem Finanzamt Köln-Süd. Nicht lange, und die Straße war übervoll mit Demonstranten, die Fahnen und Spruchbänder mitführten und ihrer Wut durch lautes Tröten freien Lauf ließen.

Es gibt keine Tabus mehr

Dem Aufruf des DStG-Ortsverbandes Köln-Süd folgten auch Mitglieder anderer dbb-Gewerkschaften und zogen geschlossen Richtung Heumarkt. Dort waren es dann schnell über 1000 Protestteilnehmer, denen Landesvorsitzender Werner Siggelkow mit seiner Rede kräftig einheizte: »Ab jetzt gibt es keine Tabus mehr! Wir werden mit allen Mitteln kämpfen«. Tosenden Beifall ertete auch der Initiator der Protestveranstaltung, Ortsverbandsvorsitzender Jens Nils, als er der Menge zurief: Wir haben die Schnauze voll von euch Politikern! Wir brauchen euch nicht, aber ihr braucht uns, um eure chaotischen Gesetze umzusetzen!«



Siggelkow (l.) vor der Menge: »Landesregierung und Landtagspolitiker, denkt endlich um! Es ist schon fünf Minuten nach zwölf!«



Nordkirchen:

DStG-Landesvorsitzender Siggelkow sammelt Unterschriften und diskutiert mit Vertretern des Finanzministeriums.



Kein Fair Play durch die Landesregierung

Während die Sportler des Landessportfestes in Nordkirchen um Platz und Sieg rangen, sammelte Werner Siggelkow am Rande der Sportanlagen Unterschriften für ein Protestschreiben an Finanzminister Jochen Dieckmann: »Für uns als Teilnehmer, Helfer und Zuschauer bei diesem sportlichen Wettbewerb steht die Freude an dem sportlichen Fair Play im Vordergrund. Unsere Wut und Verbitterung darüber, dass die Landesregierung gegenüber ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diesen Grundsatz vorsätzlich außer Acht lässt, ist riesig. Nicht wir sind verantwortlich für das Haushaltselend. Die Verantwortung trägt die Landesregierung.«, heißt es in dem Schreiben.

Pfeifkonzert vor Rockmuseum!

Es sollte eine ruhige Kabinettsitzung am 22. Juli 2003 von Rot/Grün im Rock- und Popmuseum auf dem Gelände der Landesgartenschau werden. Daraus wurde nichts!

200 DStG-ler und etwa 100 Teilnehmer der dbb-Mitglieds-gewerkschaften und der GdP empfangen die Kabinettsmitglieder mit einem wütenden Pfeifkonzert! Die Politiker mussten sich den Weg durch die enge Gasse der Protestteilnehmer bahnen, um auf das Gelände der Landesgartenschau zu gelangen. Einige Abgeordnete nahmen die vorbereitete Pressemitteilung entgegen und stellten sich der Menge. Es gab auch Diskussionen mit Teilnehmern hinter der Absperrung. Umweltministerin Bärbel Höhn musste sich einiges anhören. Finanzminister Dieckmann ging kurz auf die Menge zu und drehte dann aber wieder ab. Sein Kommentar: »Mit Leuten, die pfeifen, rede ich nicht. Auch Ministerpräsident Steinbrück hatte wohl keine Lust auf eine Diskussion. Nachdem ihn ein Passant wüst beschimpft hatte, machte er sich eilig auf den Weg ins Museum. Die Protestteilnehmer quittierten dies erneut mit ohrenbetäubendem Pfeifen.



Ministerpräsident Peer Steinbrück hatte keine Lust auf Diskussionen.



Finanzminister Jochen Dieckmann ignoriert die Proteste.



SPD-Landesvorsitzender Harald Schartau und Umweltministerin Bärbel Höhn müssen sich einiges anhören.

Groß-Demo des dbb-Landesbundes:

Der Protest wird weitergetragen!

Wenn der Landtag am 24. September 2003 nach der Sommerpause wieder zusammentritt, wird eine neue Protestwelle über ihn zusammenbrechen. Der dbb-Landesbund NRW hat zu einem weiteren Protest gegen die Arbeitszeitverlängerung und Öffnungsklauseln vor dem Landtag aufgerufen. Es soll verhindert werden, dass die Politiker die entsprechenden Gesetzesvorlagen verabschieden.

Die Wut ist riesig

»Sicher rechnen wir damit, dass sich auch die Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu den Sparvorschlägen von Rot/Grün melden werden« stellt die Politik mit einem ironischen Unterton fest. Man glaubt, dass nach »ein bisschen Aufregung« sich alles schnell erledigt haben wird und die Sparvorstellungen durchgesetzt werden können. Also keine größere Gefahr von Gegenwehr. Dieser Eindruck drängt sich mir auf: **Wenn Ihr Politiker, Ihr in der Landesregierung und ganz besonders Ihr in den Regierungsparteien Euch dabei nicht gewaltig täuscht.**

Es geht nicht nur um einige Prozentpunkte bei der Besoldung und Vergütung. Es geht vielmehr um das finanzielle Überleben in der Zukunft. Das Motto »Vorwärts Kameraden, wir müssen zurück« ist nicht die Losung, mit der sich die jüngere Generation unserer Kolleginnen und Kollegen den Schneid abkaufen lässt. Denn es geht um ihre Zukunft. Wenn heute schon verlangt wird, für erheblich weniger Geld auch noch mehr arbeiten zu müssen, und darüber hinaus die Belastungen zusätzlich zu tragen, die von der Politik allen Bürgerinnen und Bürgern aufgebürdet werden, dann macht Euch Politiker nicht vor, dass die Empörung und die Wut nur ein Sturm im Wasserglas ist. Der Sturm der Entrüstung wird sich zu einem Orkan entwickeln. Gebt Euch nicht der Illusion hin, »die werden sich schon wieder beruhigen!«

»Die« werden selbstbewusst ihre Rechte einfordern und für sie kämpfen. Davon lassen sie sich weder durch Drohungen noch durch die unsinnige Argumentation mit dem sicheren Arbeitsplatz abhalten: »Ihr braucht uns, denn sonst findet keine Politik mehr statt.«

Keiner von uns ist bereit, zum Niedriglohntarif oder zum Nulltarif zu arbeiten. Nicht wir tragen die Schuld an Eurer Finanzmisere. Es waren die politischen Manager in den letzten Jahrzehnten, die dieses Fiasko verursacht haben. Das, was sich bei vielen Unternehmen abgespielt hat, gilt auch für die Politik in Bund und Land. Nicht die Vergangenheit ist das jetzige Thema. Die Gegenwart und Zukunft sind für uns wichtig. Die politischen Äußerungen des Ministerpräsidenten und die Beschlüsse der Regierungskoalition durch die 'Düsseldorfer Signale' haben diese riesige Wut ausgelöst. Wir lassen uns und unsere Familien nicht ohne Widerstand als Sanierer des Landeshaushaltes missbrauchen.

Werner Siggelkow